

Haushaltsrede Freie Wähler zum Doppelhaushalt 2017/2018 Gemeinderatssitzung, Donnerstag 17. November 2016

Sehr geehrter Herr OB, sehr geehrte Verwaltung, werte Kolleginnen und Kollegen.

Die Bürger von Heilbronn erleben in den letzten drei Jahren und in den aktuellen Monaten in ihrer Stadt einen Boom den man fast als neuzeitliches Wirtschaftswunder bezeichnen könnte.

Große Vorhaben wurden begonnen und schon abgeschlossen oder gehen aktuell in die Realisierung mit enormen Investitionssummen.

Die Wichtigsten sind:

Eine gut funktionierende Stadtbahn von West nach Ost und nach Nord, zusammen mit den BUGA-Arbeiten der neue Stadtteil

Neckarbogen, die Gebäude der Krankenanstalten mit dem 2.

Bauabschnitt, eine sicher international ausstrahlende Experimenta 2 und einige notwendigen Bauten für die Schulentwicklung. Hinzu

kommen quasi äußerlich unsichtbare Investitionen, wenn man an den Brandschutz in Schulen Turnhallen und öffentlichen Gebäude denkt.

Insgesamt werden Beträge in dreistelliger Millionenhöhe investiert.

Wen wundert es dabei dass das Haushaltvolumen im Jahr 2017 und 2018 nahe an die 500 Mio € herankommt , im Doppelhaushalt also fast die 1 Mia €-Grenze erreicht wird.

Bei diesen Zahlen erkennt man, dass Heilbronn mit dem zu beschließenden Doppelhaushalt an einer Art Wendepunkt angekommen ist. Nach 2020 wird zu überlegen sein ob der erwähnte „Boom“ in unserer Stadt so weiter gehen kann oder ob nicht Innezuhalten ist und man sich mehr um den Erhalt des Geschaffenen und die Aufarbeitung des Liegengelassenen kümmern muss.

Bei den Zahlen sollte man aufschrecken.

Es stellt sich die einfache Frage nach der Finanzierung, obwohl dabei enorme materielle Werte geschaffen werden, für das Gemeinwohl aller Bürger und beim Brandschutz insbesondere für die Sicherheit der Menschen in unserer Stadt.

Die Folge der realisierten oder geplanten Großvorhaben ist, dass der Unterschied zwischen Aufwendungen und Erträgen in beiden kommenden Haushaltsplänen mehr als 30 Mio beträgt, was über Kreditaufnahmen finanziert werden muss.

Der Stadthaushalt von Heilbronn erreicht bis 2021 so eine Gesamtverschuldung von 139,1 Mio €. Er liegt damit aber noch unter der definierten Verschuldungsgrenze von 150 Mio €.

Mit Blick auf die Jahre nach 2021 kann das noch nicht Erreichen der Verschuldungsgrenze keinesfalls beruhigen. Wir Freien Wähler erkennen darin ein ernst zu nehmendes Warnsignal.

Der Personalhaushalt ist nach wie vor mit 27 % der größte Haushaltsbrocken. Hat die Stadtverwaltung zu viel Personal oder verlangt der Gemeinderat zu viele Projekt-Leistungen von der Verwaltung was vom aktuell vorhandenen Personal nicht gestemmt werden kann?

Die jährlichen zweistelligen Mio €-Investitions-Summen die übertragen werden müssen lassen eher Letzteres vermuten. Letztlich bedeutet dies, wenn der Personalhaushalt nicht weiter aufgebläht werden soll und kann, dass neue Projekte nicht begonnen werden können und weitere Wünsche nicht erfüllt werden dürfen.

Klar ist aber auch, dass es bei den begonnenen Projekten kein zurück gibt. Nach 2019 muss jede neue Investition ernsthaft überdacht und vertieft überprüft werden

Nun zu unseren Deckungsanträgen

Die Aufsichtsbehörde, das Regierungspräsidium in Stuttgart, hat bei den letzten Haushaltsgenehmigungen stets darauf hingewiesen, dass die Stadt die Einnahmenseite verantwortungsvoll überprüfen müsse.

In der Gemeindeordnung steht unter § 78 an 1. Stelle, noch vor Kreditaufnahmen, die Erhebung von Steuern und Entgelten für alle städtischen Leistungen, ich betone für alle städtischen Leistungen. Der Griff nach den Realsteuern, nach Gewerbesteuer und Grundsteuer ist da ein erster nahe liegender Punkt.

Den Vorschlag die Gewerbesteuer um 30 Punkte anzuheben wird von den Freien Wählern bei der momentanen Wirtschaftslage kritisch gesehen. Wir meinen 20 Punkte wären eher angebracht. Nach unseren Vorstellungen würden wir gegenüber dem Verwaltungsvorschlag bei Annahme unseres Antrags ca. pro Jahr 2 Mio € Wenigereinnahmen haben. Unsere Wirtschaft wird, vielleicht auch wegen des Wahlergebnisses in den USA, in den nächsten Jahren spürbar sensibler reagieren und sollte deshalb vorsichtig bei Steuerbelastungen behandelt werden.

Die Erhöhung der Grundsteuer B, die alle Grundstücke mit Bebauung trifft, tragen wir mit.

Eine Erhöhung der Grundsteuer A tragen wir nicht mit. Die Mehreinnahmen dazu betragen sowieso nur ca. 42.000 € in den Jahren 2017/2018 zusammen.

Bei der Anpassung der Vergnügungssteuer sehen wir keine Probleme.

Nun zu weiteren Einnahmen z.B. für besondere Dienstleistungen. Wie in den letzten Jahren beantragen die Freien Wähler die Wiedereinführung der Kindergartengebühren. Für diese Leistung kann unsere Stadt auf 3,8 Mio € jährlich netto nicht verzichten.

Eine entstehende Belastung für den Sozialhaushalt ist bei dem Betrag schon berücksichtigt.

Ein immer wieder dagegen vorgebrachter Vorwurf sticht nicht, denn wir hatten früher, und wollen wieder, eine Sozialstaffelung mit Einkommensgrenzen und Berücksichtigung der Zahl der Kinder die in einer Familie zu betreuen sind.

Das bedeutet ganz klar: wer früher nicht bezahlen konnte wird in Zukunft wieder nichts bezahlen müssen, und wer bezahlen kann, oft wird dies von den Betroffenen sogar akzeptiert, der wird für diese in Heilbronn exzellente Serviceleistung mit seinen Gebühren zu den Kosten beitragen. Es besteht ja zudem über das Finanzamt die Möglichkeit solche Kosten geltend zu machen.

Und weiter: der freie Kindergarten bedeutet unserer Meinung nach nicht das entscheidende Argument bei der Annahme eines Jobs in unserer Stadt. Da geben andere Soft-Kriterien weit mehr den Ausschlag ob jemand mit Familie zum Arbeiten nach Heilbronn zieht.

Bei der Suche nach einer weiteren Herauslösung von Finanzmitteln aus dem Haushaltsplanentwurf wurden wir bei der Durcharbeitung während unserer Klausur auf dem Gebiet Grundstückserlöse fündig. Zwei bisher nicht berücksichtigte Bauflächen könnten einer dringend gewünschten, ja erforderlichen Wohnbebauung zugeführt werden. Dies betrifft die Verlagerung des Sportvereins SV Heilbronn am Leinbach 1891 e.V, von Neckargartach hin zum Sportivo an die Würzburgerstraße in Frankenbach, sowie eine Teilfläche im Ortskern von Neckargartach. Zusammen könnten hier ca. 6,7 Mio € für den Haushalt zusätzlich gewonnen werden.

Des weitern beantragen wir noch einige Kürzungen die nach unseren Vorstellungen insgesamt weitere. 1,6 Mio € ergeben. Den größten Anteil daran hat, mit 1,3 Mio €, der Punkt: Allgemeine Schulentwicklung, was eine ca. 10 %-ige Kürzung der eingestellten Mittel bedeutet.

Unsere Deckungsanträge belaufen sich insgesamt auf 12,2 Mio € von denen wegen der von uns beantragten Mindersteuereinnahmen ca. 4 Mio € abgezogen werden müssen. Es verbleiben also ca. 8 Mio € an Deckungsmitteln.

Zu unseren Finanzanträgen:

In der Klausur haben die Freien Wähler an der generellen Konsolidierung jedes einzelnen Haushaltsjahres gearbeitet.

Das heißt für uns: Reduzierung des Haushaltsvolumens, Ausgeglichenheit des Zahlenwerks, Reduzierung der Kreditaufnahme. Für uns bedeutet das auch: keine vollständige Wieder-Ausgabe der vorgeschlagenen Deckungsmittel.

Ich gehe in diesem Zusammenhang auf ein ganz spezielles Problem ein, das nach Meinung der Freien Wähler von Seiten der Verwaltung nicht richtig behandelt wird.

Gemeinderat, und bisher auch die Verwaltung, haben eine rege Bürgerbeteiligung nicht nur sehr hoch gehalten sondern stets auch erheblich gefördert.

Aktuell geschah dies besonders intensiv bei der Bürgerbeteiligung zur BUGA 2019 in den einzelnen Stadtteilen.

Bei vielen Veranstaltungen in den Teilorten gab es hervorragende Beispiele wie die Bürger ihren Stadtteil zum „Erbblühen“ bringen wollten. Mit viel ehrenamtlichem Engagement wurden Ideen geboren. Was allerdings die Verwaltung dem Gemeinderat dann mit der Drucksache 210 „Aktion Stadtgrün 2019“ vorlegte ist in unseren Augen ein Schlag ins Gesicht des Bürgerengagements.

Wir empfinden die Zusammenstellung in der Drucksache als eine Art Weihnachtsbescherung, wobei die Kinder unter dem Weihnachtsbaum Geschenke vorfinden aber beim Auspacken nur in leere Schachteln blicken, also quasi nur buntes Einpackpapier betrachten dürfen.

Beispiel Böckingen: Projekt Mostbirnenweg. Gesamtkosten 96.500 €. Die Stadt stellt 15.000 € bereit. Wir fragen für was? Für 10 Schilder? Beispiel Kirchhausen: Schloss und Umfeld. Gesamtkosten 60.000€.

Es sind 10.000 € angesetzt.

Oder Beispiel Sontheim: Umgestaltung Saureiterplatz. Gesamtkosten 30.000 €. Die Stadt setzt 15.000 € dafür an.

Zu Recht gab der Gemeinderat deshalb diese Drucksache der Verwaltung zurück mit der Maßgabe in den Stadtteilen eine weitere Bürger-Gesprächsrunde durchzuführen um aus den örtlichen Wunschkatalogen ein oder zwei Maßnahmen, dann aber zur vollständigen Realisierung, vorzuschlagen.

Die von der Verwaltung vorgesehenen Mittel im Haushaltsplan reichen für kein einziges komplettes Projekt aus.

Wir beantragen deshalb für jeden unsere 8 Stadtteile, in beiden Haushaltsjahren, jeweils 50.000 € bereitzustellen, d. h. eine zusätzliche Summe von 600.000 €.

Dieser Betrag erhöht die aktuell im Doppelhaushalt ausgewiesenen, unzureichenden 200.000 €

Mit diesem Antrag wollen wir

1. das Bürgerengagement honorieren das für uns ein kleines Pflänzchen darstellt das nicht zertreten werden darf, und
2. wollen wir dem Vorwurf begegnen, wegen der Großprojekte in Heilbronn würden die Stadtteile von der Kernstadt abgehängt oder gar vernachlässigt.

Die Darstellung der Stadt Heilbronn in den Medien und der Öffentlichkeit muss gefördert werden. Der Markenfindungsprozess darf dabei nicht unabhängig von der HMG erfolgen oder betrachtet werden.

Für die HMG beantragen wir für zwei wichtige Projekte insgesamt für beide Haushaltsjahre zusammen 210 000 €. Dabei geht es um die Erneuerung des Internetauftritts und um die generelle Präsentation von Heilbronn auf wichtigen Messen. Ohne Werbe-Gelder kann man kein Produkt verkaufen. Und Heilbronn muss sich schnellstmöglich besser verkaufen.

Ein weiterer Finanzantrag in Höhe von 160.000 € gilt einem Projekt im Leinbachpark in Neckargartach.

Es ist ein Stück Fußweg mit anschließender Brücke, ein Vorhaben das die Ortskernanbindung über die Kirchbergstraße und die Anbindung der Schule zum Park am Leinbach hin bringt.

Seit mehreren Jahren wird dieses Projekt von der Verwaltung verzögert.

Für unsere städtischen Bediensteten wünschen wir uns endlich die Einführung eines Job-Tickets, ein Projekt das seit Jahren von uns gefordert und immer noch offen ist. Die Ausweitung der Benutzung des ÖPNV und die Reduzierung des Individualverkehrs stehen für uns dabei im Mittelpunkt.

Wir stellen uns Haushaltsmittel vor, in Höhe von 50 % der monatlichen Kosten für den ÖPNV, maximal 25 € je Monat und Fall. Dafür sind jährlich ca. 200.000 € anzusetzen.

Ein paar weitere, bescheidene Finanzanträge kommen bei uns noch hinzu, zumeist für eine Erhöhung der jährlichen Zuwendungen an Institutionen und Einrichtungen.

Ich nenne: das Sinfonieorchester, ARKUS, die Diakonie, das Frauen-/Kinderschutzhaus.

Zählen wir unsere Finanzanträge zusammen so ergibt sich eine Summe von aufgerundet 1,6 Mio €

Unsere beantragten Deckungsanträge und Finanzanträge ergeben, wenn man unseren Anträgen folgt, unterm Strich aber eine Reduzierung des Doppelhaushaltes um rund 6,56 Mio €.

Wir verteilen eben nicht alle unsere Deckungsmittel neu.

Unsere Prüfungsanträge wurden zum größten Teil von unseren Bezirksbeiräten aus den 8 Stadtteilen erstellt. Auch dies soll ein Zeichen der Freien Wählern sein, dass wir unsere Stadtteile nicht abseits behandeln wollen, sondern gleichwertig mit der Kernstadt.

Zum Abschluss meiner Ausführungen möchte ich noch, wie zu Beginn meiner Ausführungen, einige allgemeine Anmerkungen machen.

Bei den Haushaltsplan-Gesprächen mit Amtsleitern und Fachleuten der Ämter entstand bei den Freien Wählern der Eindruck, dass in der Verwaltung unserer Meinung nach ein gewisses Strukturproblem besteht, dass eine Verbesserung der Arbeit untereinander anzustreben ist, und dass die schon so oft erwähnten Standards wirklich einmal auf den Prüfstand kommen sollten. Es gibt hierbei nicht nur erhebliche Verbesserungsmöglichkeiten sondern der Gemeinderat sollte bei jeder zukünftigen Rechnung genauer hinsehen, welche Honorare z. B. bei Bauvorhaben angesetzt werden oder welche Standards vorgesehen sind.

Man könnte die These aufstellen, dass wir in Wahrheit bei unseren Haushalten gar kein „Ausgabenproblem“ sondern ein „Strukturproblem“ in der Stadtverwaltung haben, was mit zu hohen Ausgaben führt.

Dazu einige Beispiele, Dinge die in eine Fernsehsendung über Steuerverschwendungen passen. Wie kommt es zu berührungslosen Wasserhähnen mit Solarzellen, in dunklen fensterlosen Toiletten, im umgebauten Bürgeramt im Schloss von Kirchhausen. Ich konnte es nicht fassen als ich das gesehen habe.

Wie sollen die eingebauten Batterien im dunklen Raum von einer nicht vorhandenen Sonne aufgeladen werden? Da wird wohl ein Mitarbeiter mit dem Dienstwagen alle paar Monate nach Kirchhausen fahren müssen um den Batteriewechsel vorzunehmen. Kosten dafür? Beginnt unsere Bauverwaltung so langsam abzuheben?

Beispiel: In einer Schule soll ein Klassenzimmer in ein Lehrerzimmer umgewandelt werden. Kostenansatz 100.000 €. Werden hier Mahagonischreibtische eingebaut oder teure Designer-Luxus-Lampen?

Oder ein weiteres Beispiel.

Wir haben dazu einen bescheidenen Finanzantrag gestellt.

Im Wertwiesenpark steht eine abbruchreife Holzbaracke für den Aufenthalt von Betriebsamts-Mitarbeitern, als Toiletten-Ort, als Umkleidemöglichkeit und für die Einnahme von Speisen in den Pausen, als Vesperraum. Unter den verfaulten Fußböden verenden Ratten und stellen zusammen mit Schimmelbefall ein Gesundheitsrisiko dar. Diese angeblichen Sozialräume sind unzumutbar, wobei vor einiger Zeit ähnliche Zustände im Pfühlpark an den dortigen Unterkünften für die Betriebsamts-Mitarbeiter herrschten. Diese Unterkunft ist inzwischen geschlossen, was jetzt aber zusätzliche Koste in Höhe einer halben Personalstelle ergibt, für nun erforderliche, zusätzliche Fahrten ins Betriebsamt in die Austraße. Im Wertwiesenpark könnte mit 50.000 € unserer Meinung nach, auf kurzem Amtsweg, eine Lösung mit einem Holzersatzbau oder mit der Aufstellung von drei stadteigenen Containern gefunden werden. Wir hoffen auf eine unbürokratische Verwirklichung damit die unzumutbaren Unterbringungszustände gerade für die Mitarbeiter von unteren Lohngruppen abgestellt werden. Wir werden sehr genau beobachten und hoffen, dass bei diesem Vorhaben nicht die übliche Verwaltungsmaschinerie zu laufen beginnt, mit:

Planungskosten, womöglich einem Bauwettbewerb, mit Architektenhonoraren, mit der Einschaltung des Tiefbauamtes, mit Auflagen des Brandschutzes, mit Verträglichkeitsstudien über den Einfluss auf Pflanzen und Tierwelt usw., usw.

So wäre schnell wieder einmal eine Summe nahe der halben Million erreicht.

Wir hoffen, dass dies vermieden werden kann und wir hoffen auf eine Lösung auf der Amtsleiter- zu Amtsleiter-Ebene, wie gesagt, auf kurzem Dienstweg.

In diesen Bereich gehört für uns auch die kürzlich gefällte Mehrheitsentscheidung des Gemeinderates, die von den Freien Wählern nicht mitgetragen wurde, nämlich mehr als 4 Millionen € in den Brandschutz des alten Krankenhauses zu investieren. Wir investieren nun diese Summe in ein Gebäude das vielleicht in 3 Jahren abgerissen wird. Hier muss es für die geplante Interimslösung eine kostengünstigere Alternative geben. Den vorgesehenen Millionenbetrag kann man einem normalen Bürger nicht vermitteln.

Am Ende meiner Ausführungen bedanke ich mich bei Herrn 1. BM Diepgen, bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtkämmerei, insbesondere bei Frau Wechs und Herrn Schäfer. Wir wurden bei allen unseren Fragen und Anliegen prompt, sachkundig und ausführlich unterstützt, beraten und schnell informiert. Für die anstehenden Beratungen in den Gremien wünschen sich die Freien Wähler einen harmonischen Verlauf. Vielen Dank.

Heiner Dörner